

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingekant 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beläge, Verkaufsliste von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 208

Dresden, Sonnabend, 6. September

1924

Die Antwort Herriots.

Frankreich will an einem Schiedsgerichtsplane mitarbeiten — Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung als untrennbare Forderungen — Eine Ovation für Herriot — Italien kann nicht auf Macht verzichten — Lord Parmoor erklärt den Garantiepakt für wertlos — Belgien verlangt Sicherheit.

Genf, 5. September.
Die Freitag-Vormittags-Sitzung des Völkerbundes brachte die mit allgemeiner Spannung erwartete große politische Rede Herriots über die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.
Schon das Bild des Hauses zeigte den großen Tag: Tribünen und Saal waren überfüllt, der Strom von Journalisten und Photographen überflieg den der vorhergehenden Tage. Um 11 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung und erklärte sofort Herriot das Wort. Das Haus erhob sich von den Sitzen und bereitete dem französischen Premierminister eine feierliche Ovation, unter der er das Rednerpult bestieg. Herriot, der bleich und etwas erregt aussah, sprach mit klarer Stimme, die den ganzen Saal durchdrang. Er begann mit einem Dank an alle Delegierten, die sich hier versammelt hatten, alle mit dem gleichen Ziele: für den Frieden der Welt. Frankreich wolle ethisch und entschieden am Friedenswerke mitwirken. Der Frieden beruhe auf der Achtung vor geschlossenen Verträgen.

Herriot erinnerte dann an die dritte Sitzung des Völkerbundes, der die sogenannte Resolution 14 gefaßt habe, die zuerst den Gedanken des Garantiepaktes ausdrückte. Dieser Garantiepakt sollte sich auf den Artikel 8 des Statutes stützen. Er sieht eine Abwägung vor, soweit sie mit der nationalen Sicherheit der Länder vereinbar ist und erklärt, daß ein Vertrag als nationales Recht betrachtet werden soll. Hier anschließend fuhr der französische Ministerpräsident fort: Der moderne Chemie- und Luftweg wird vor den Fronten nicht mehr haltmachen, sondern das ganze Land zum Angriffspunkt nehmen. Um diesen Weg im Keime zu ersticken, gibt es nur den Ausweg des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens.

Es wird das Hauptwerk der fünften Völkerbundsversammlung sein, diesen Gedanken auszubauen und festzulegen. Der Schiedsgerichtsgebäude entspricht dem Artikel 12 des Statutes und des Völkerbundes. Wir wünschen, daß die fünfte Versammlung den Schiedsgerichtsgebäude dahin ansetzt, daß derjenige, der Schiedsgerichtsgebäude ablehnt, der Angreifer ist. Frankreich wird an der Ausarbeitung eines zusammenfassenden Schiedsgerichtsplanes voll mitarbeiten.
Wir sind für jede Maßregel zur Unterdrückung des illegalen Waffenhandels. Die Schaffung einer besonderen Kommission, die unter Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände den Garantiepakt-Entwurf revidieren soll, erscheint mir aber nicht notwendig. Diese Arbeit kann von der schon vorhandenen ersten und dritten Kommission des Völkerbundes durchgeführt werden.
Auf jeden Fall stehen wir zu unserem Grundsatze, das Vorhandene nicht zu zerstören, sondern zu vervollkommen.
Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung, das sind drei Forderungen, die wir erheben, aber nie und nimmer voneinander trennen lassen.
Die Vorbereitung zur Abrüstung ist die Sicherung des Weltfriedens für den Augenblick. Diese Sicherung muß aber jederzeit eingehalten werden können, und des-

halb muß auch fernerhin eine stets einigbereite Macht hinter ihr stehen.
Pobal sagte: „Gerechtigkeit ohne Macht ist wertlos, Macht ohne Gerechtigkeit ist Tyrannet.“ Wir müssen beides zu verneinen suchen. Das ist die Aufgabe, die sich uns stellt, und wir befinden uns in einer Übergangszeit, die höchste Vorsichtsmäßigkeit erfordert.
Auch wir glauben an die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstungskonferenz. Aber diese Konferenz ohne eingehende Vorbereitungen abzuhalten, würde bedeuten, daß sie von vornherein scheiterte. Unmöglich ist, daß diese Vorbereitungen dem Völkerbund anvertraut werden, der allein über die notwendigen Organe und die notwendigen Autorität verfügt. Zwei Friedensorganisationen mit denselben Funktionen können nicht nebeneinander bestehen. Dagegen, daß diese Arbeit dem Völkerbund anvertraut wird, kann man anführen, daß einige der wichtigsten Staaten dem Völkerbunde fernstehen. Ich glaube aber kaum, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die uns erst jetzt in London einen Beweis ihres guten Willens gegeben haben, aus-

reinen formellen Gründen ihre Mitarbeit verweigern werden.
Unter allgemeiner Aufmerksamkeit sprach Herriot dann von **Deutschland.**
Wir haben früher in Deutschland die Idee der allgemeinen Abrüstung bekämpft, die sich in dem Maße ausbreitete: Niemand kann Gebot. Aber niemals haben wir das Unglück des deutschen Volkes gewünscht. Das wahre Frankreich kennt keinen Haß, denn wir wissen, daß jeder Haß nur neuen Haß nach sich zieht. Wir sind bereit, die aufrichtigste Beweise der Versöhnungswillens in Deutschland ebenso aufrichtig zu beantworten.
In London haben wir den Weg der direkten Verhandlungen mit Deutschland begonnen und wir werden diesen Weg auch weiterhin beschreiten. Aus der Zusammenarbeit aller Völker erwächst die Einheit Europas. Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung sind die Säulen, auf denen das neue Gebäude des Friedens ruht.
Wir reichen unsere brüderlichen Hände allen Völkern. Frankreichs rechte Hand würde es sein, wenn durch unsere gemeinsame Arbeit auf den Ruinen unseres eigenen Landes und aller Länder, die durch den Krieg gelitten haben, diese glückliche Blume erblühen würde: der Friede. (Die Versammlung brach in langanhaltenden Beifall aus, der sich zu einer wahren Jubelstimmung erhob.)

Als zweiter Redner erhielt **Salandra (Italien)** das Wort: Italien hat nur den einen Wunsch, die jetzt bestehenden Grenzen aufrechtzuerhalten und den Frieden und die Wohlfahrt seiner Bevölkerung zu fördern. Italien hat seit Kriegsende seine Streitkräfte unaufhörlich vermindert und auch versagt, mit seinen Nachbarn Staaten zu direkten Abmachungen zu gelangen. Die Mitgliedstaaten des Völkerbundes belägen im Völkerbunde bereits einen gegenseitigen Garantiepakt. Trotzdem helfen wir unsere Mitarbeit bei der Formulierung neuer erweiterten Garantien zur Verfügung. Das Schiedsgerichtsverfahren hat bereits seit langen Jahren in der italienischen Politik mit Erfolg seine Anwendung gefunden. Die Schiedsgerichtsbarkeit besteht in der Festlegung der Kompetenzen dieses Verfahrens in Fragen, die nicht rein rechtlicher oder technischer Natur sind.
In der kommenden Abrüstungskonferenz werden wir mitarbeiten; wir verheimlichen aber keineswegs, daß wir nicht auf die Macht verzichten können, die zur Erhaltung der äußeren und inneren nationalen Sicherheit vorhanden sein muß. Unter dem Vorbehalt der Versammlung ergreife dann **Lord Parmoor** das Wort: Auch meiner Ansicht entsprechen die von Herriot aufgestellten Grundsätze durchaus die englischen Auffassungen. Sie sind dieselben, die MacDonald in seiner Rede vertreten hat. Herriot hat ebenso wie MacDonald erwähnt, daß **Artikel 16 des Statutes des Internationalen Schiedsgerichtshofes** möglichst rasch von allen Staaten angenommen werden soll. Der einzige Vorbehalt, der hier zu machen ist, ist die Notwendigkeit einer vorherigen Präzisierung dieses Artikels. Die Schiedsgerichtsverfahren hat zwei ganz verschiedene Formen. Einmal, wenn sich zwischen verschiedenen Nationen ein Streitfall ergibt, und ein anderes Mal, wenn sich die eine Partei zur Annahme des Schiedsgerichtsverfahrens bereit erklärt.
Diejenige Macht, die sich diesem Verfahren nicht unterwirft, ist, wie Herriot bereits sagte, von Anfang an als Angreifer zu erklären, auf dem alle ökonomischen und finanziellen Sanktionen, die das Statut vorsieht, anzuwenden sind. Diese sind so erdrückend, daß kein Land es wagen wird, der Möglichkeit dieser Sanktionen entgegenzutreten.
Herriot hat von einer internationalen Konferenz gesprochen, zu der die Völkerbunds-Kommission die Vorarbeit leisten soll. Ich gehe noch weiter und verlange, daß diese Konferenz von dem Völkerbundssekretariat einberufen wird.
Der Entwurf des Garantiepaktes ist wertlos, da er auf allen und unannehmbaren Grundsätzen beruht. Seine Anwendung würde die Welt wieder mit einer Welt des Militarismus überfluten.
Aus dem Völkerbundsrat läßt sich kein militärisches Organ machen, das im Kriegsfall die Truppenkontingente und die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten bestimmen kann. Der einzige Weg zum Frieden liegt in der allgemeinen Annahme des Schiedsgerichtsbarkeit, und wenn diese loyal durchgeführt wird, so ist der Garantiepakt überflüssig. (Beifälliger Beifall.)

Die Generalinspektion der deutschen Rüstungen.
Eine Aufforderung der Reichsregierung an die Bevölkerung zur Selbstbeherrschung.
Berlin, 6. September.
Amtlich wird mitgeteilt: Am Montag, den 8. September, beginnt die Inspektion des deutschen Rüstungsstandes. Die Generalinspektion als abschließender Akt der interalliierten Kontrolle gedacht. Nach den verbindenden Erklärungen der Gegenseite, insbesondere der Ministerpräsidenten von England und Frankreich, kann damit gerechnet werden, daß das System der interalliierten Kontrolle mit seinen in zahlreichen Städten Deutschlands residierenden Überwachungskommissionen verhältnismäßig ungestört verläuft. Die wenn die Generalinspektion erwartet hiernach von der gesamten Bevölkerung, daß sie alles unterläßt, was irgendwie als Obstruktion oder als feindselige Haltung gegenüber den Kontrollkommissionen oder ihren Mitgliedern gedeutet werden könnte. Jede Handlung dieser Art beschwört die Gefahr heran, daß sich der jetzige Zustand mit all seinen demütigenden Begleiterscheinungen verewigt. Jedermann muß jetzt, wie er auch immer die Vorgänge des Augenblicks gefühlsmäßig reagieren mag, sein Tun und Lassen ausschließlich darnach einrichten, daß das Ziel erreicht, daß die Generalinspektion wirklich zum Schutze der interalliierten Kontrolle wird.
Der Zweifels und Bedenken unvermeidlich und in gewisser Hinsicht sogar erwünscht, damit endlich alle Vorwände zur Aufrechterhaltung der Kontrolle eilebzig werden.
Keine Hemmung des Personenverkehrs mehr.
Berlin, 5. September.
Gegenüber noch bestehenden Unklarheiten wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die Verfügungen und Erordnungen der Besatzungsmächte, die bisher den Personenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete gehemmt haben, seit dem 3. d. M. außer Kraft getreten sind. Auch für den Kraftwagenverkehr sind keinerlei besondere Ausweise der Besatzungsbehörden mehr nötig. Für die Einreise ins besetzte Rheinland und ins Ruhrgebiet genügen die von der deutschen Polizei ausgestellten und mit Lichtbild versehenen Personalausweise. Weiterer Ausweise bedarf es also nicht mehr.

Verfehlte Agitation.
Keine „Industriespionage“.
Berlin, 6. September.
Die „Kreuzzeitung“ benutzte die Ankündigung der Generalinspektion, um von dem „Beginn der Industriespionage“ zu reden. Das Blatt erklärt: Wenn Unternehmen wie Anort-Bremse, Goetz, Taimler usw. kontrolliert würden, so bedeute das einen Mißbrauch der Militärkontrolle zu einer ausgedehnten Industriespionage. Jene, welche behaupten, daß bestimmte Industriespionage wie Goetz, Taimler usw. kontrolliert würden, liegen nicht vor. Die Möglichkeit dazu besteht selbstverständlich. Wenn die Kontrolle erfolgt nur nach Anmeldung, und es ist gänzlich ausgeschlossen, daß bei der Kontrolle der Werke bestimmte Pläne, Patente usw. zur Inspektion angefordert werden. Gerade die einwandfreie Abwicklung der Verhältnisse in großen Industriebetrieben, die im Kriegsfall eine Rolle spielen könnten, ist im Interesse der Besatzung

slub
Wir führen Wissen.

Die Räumung der Dortmunder Zone.

Französische Mitteilungen.
Dortmund, 5. September.
Von französischer Seite wird mitgeteilt: Die Räumung der Dortmunder-Zone vollzieht sich in folgender Ordnung: Zunächst wird die Zollgrenze und die Märum aufgehoben. Dann werden die Eisenbahnen und die Truppen zurückgezogen. Die Eisenbahnen dürfen voraussichtlich die Dortmunder Zone in kleinen Gruppen verlassen, nachdem sie in ihrem bisherigen Dienst möglichst unverzüglich und reibungslos von den deutschen Eisenbahnern abgelöst worden sind. Die Bahnhöfe und Inspektorate werden ihre Posten zuletzt, fast unmittelbar vor dem Abmarsch der letzten französischen Truppen verlassen. Die Besatzungsbehörde glaubt den Besatzungsstellen die von der Regie übernommenen Bergwerke und Refinerien bis zum 15. Oktober zurückhalten zu können. Die Halbinseln und Borsäure an Nebenprodukten, welche die deutschen Industrien an diesem Termin übernehmen werden, müssen ungefähr den bei der Verlagerung der betreffenden Unternehmen vorhandenen Mengen entsprechen. In der Zeit vom 15. bis 20. Oktober erfolgt die Übertragung der beschlagnahmten Industrieanlagen und Produktionsstätten an die deutschen Industrien. Aber die Art der Übertragungsformalitäten werden zwischen Vertretern der Regie und der Industriellen besondere Verhandlungen stattfinden. Die einwandfrei festgestellten Minderungen werden auf Reparationskonto verzeichnet. Die während der Regie erzeugten Mehrmengen werden ebenfalls aufgerechnet werden. Es läßt sich bereits heute sagen, daß voraussichtlich spätestens bis zum 20. Oktober sämtliche Formalitäten der wirtschaftlichen Räumung erfüllt sind und bis zu diesem Termin die letzten französischen Truppen die Dortmunder Zone verlassen können.

Weitere Erlasse General Degouttes.

Paris, 5. September.
Nach einer Meldung aus Tübingen veröffentlichte der kommandierende General heute einen Erlaß, durch den die Gebühren für Waffenbesitz abgeändert werden. Durch eine zweite Verordnung wird der frühere Erlaß abgeändert, der es den deutschen Behörden unterlag, eine Strafverfolgung gegen politische Vergehen beschuldigte Personen ohne vorherige Genehmigung der Besatzungsbehörde einzuleiten.

Der Kampf um das englisch-russische Abkommen.

Die Liberalen und Konservativen suchen angesetzt nach einer günstigen Gelegenheit, das Abkommensabkommen zu Fall zu bringen und dabei gleichzeitig auf alle Fälle eine günstige Wahlparole zu gewinnen. Zuerst halten die Konservativen erklärt, daß sie die russische Frage benagen wollten, um Neuwahlen zu erzwingen. Das ist inzwischen aufgegeben worden. Auch die Gruppe von Politikern und Presseleuten, die mit der Partei kooperieren, daß der Dames-Plan die Kapitulation vor Deutschland sei, haben im Lande viel zu wenig Wiederhall gefunden. Im

Kugenbild versucht man teilweise, dem Robnett-Macdonald aus dem englisch-russischen Abkommen den Strich zu ziehen. Die Konservativen wie die Liberalen wollen den Kampf, der von der Arbeiterpartei in dieser Frage für die nächste Woche angekündigt ist, aufnehmen. Die Arbeiterpartei plant eine große Aktion im ganzen Lande, um die Annahme des Abkommens im Parlament durch den Druck der britischen Öffentlichkeit zu sichern. Sie sieht sich hierzu veranlaßt, nachdem die Konservativen und Liberalen

im Lande zu Tugenden heruntergefallen und Stimmung gegen das englisch-russische Abkommen machen. Es scheint, daß ihre Tätigkeit nicht ohne Erfolg ist. Das Volk wird mit dem Worte „Volschewismus“ verunglimpft. Vorläufig haben die Konservativen und Liberalen die Absicht, gegen das Abkommen zu kämpfen. Es ist natürlich sehr fraglich, ob daraus eine Kabinettskrise entsteht, weil Macdonald geschickt operiert hat. Er hat die Regierung nur technisch festgehalten, während es dem Parlament überlassen bleibt, ob es das Abkommen

annehmen will. Die Arbeiterpartei hat jedenfalls beschlossen, in die Agitationskampagne alle großen Redner zu senden, um im Fall einer Parlamentarischen Niederlage Macdonald und etwa folgenden Parlamentarischen den Boden vorbereitet zu haben.

Wirtschaftsabkommen mit Estland.

Berlin, 5. September.
Im Auswärtigen Amte hat zwischen dem Staatssekretär Fehren, v. Mallat und dem estnischen Gesandten Penning der Austausch

Genf als Markstein im Ringen der zwei Tendenzen der Weltpolitik.

Eine Schicksalsfrage für Deutschland.

Was Genf wird und gefordert:
Niemand hat der Völkerbund so im Mittelpunkt des politischen Interesses gesehen, noch niemals ist seine Tagung so sehr erwartet worden, von den wichtigsten politischen Problemen, von denen die Zukunft Europas abhängt. Die Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit zwischen den Völkern, der Abrüstung, der Versicherung gegen den Krieg durch eine Allianz aller, die die weite Grundlage des Völkerbundes bilden, erschienen in der Zeit der Streitigkeiten um die Reparationsfrage als Zukunftsproblem ohne jede aktuelle Bedeutung. Der Völkerbund stand deshalb als ein schwaches und unwirksames Instrument neben dem großen Rat der alliierten Mächte. Die wichtigsten politischen Entscheidungen, die er gefaßt hat — Oberstleutnant — waren in Wirklichkeit Einseitigkeiten, die nicht auf den Grundbeben des Völkerbundes hervorgerufen waren, sondern aus der Konstellation der großen Mächte nach dem Kriege.

diese Aufgabe ringen — Schulter an Schulter, aber im gewissen Sinne auf gegenwärtig — sind Macdonald und Herriot. Macdonald hat die neuen Ideen früh und scharf herausgearbeitet und die nächsten Ziele auf dem Wege ihrer Verwirklichung gezeigt. Herriot dagegen vertritt das realpolitische Element. Macdonald als Vertreter der englischen Weltmacht, die sich frei will von vorerzogenem Joch der Abhängigkeit und Angriffen ehemaliger Feinde, steht den neuen Ideen ungeschwämmt gegenüber als Herriot.

Genf zeigt, die andere vorsichtiger, die realen, politischen Tatsachen klar abwägend, sind Demonstrationen des Willens zur Bewirklichung des Friedens in Europa. Es ist schwer gegeneinander abzuwägen, welchen Verdienste für den Frieden in Europa in Genf die größeren sind, die Macdonald, der das Ziel am schärfsten zeigt, oder die Herriot, der trotz aller Hemmungen durch die Traditionen der französischen Politik auf dem Wege zu diesen Zielen praktisch Schritt für Schritt vorwärtsgehen will.

Kunmehr sollen die Grundideen des Völkerbundes zu bestimmenden Richtlinien für die Politik der großen Mächte werden.

Herriot erhebt den Garantiepakt im Rahmen des Völkerbundes. Für ihn sind Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung ein untrennbares Ganzes. Macdonald aber lehnt den Garantiepakt ab. Für ihn stehen im Vordergrund die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit und der Abrüstung. Um diese Fragen wird in den Kommissionen des Völkerbundes gerungen werden.

Wenn auch diese Tagung nicht zu einer die französische Politik bestimmenden Lösung der Sicherheitsfrage führen sollte, so wird die künftige Teilnahme und Mitarbeit Deutschlands im Völkerbunde dazu beitragen, die Lösung dieser Frage in der Zukunft zu erleichtern. Das politische Vertrauen und der Frieden, der die vernünftige Lösung der Sicherheitsfrage so sehr erschwert, kann durch die Teilnahme Deutschlands am Völkerbunde, durch die immer häufigere Zusammenarbeit des Schiedsgerichtsgedankens zurückgewonnen werden.

Das, was bei den Besprechungen in London begonnen wurde, findet in Genf seine Fortsetzung. In London wurde der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit durchgeführt in den Fragen der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands. In Genf soll er im vollen Maße bestimmt werden für die politischen Beziehungen zwischen den Nationen überhaupt. Damit ist eine entscheidende Wendung in der Weltpolitik eingeleitet. Die Zukunft Europas muß anders aussehen, wenn die Beziehungen der Völker bestimmt werden von dem einzigen Glauben an die Gewalt, die den Krieg als unvermeidbares Elementarereignis, ja darüber hinaus als Zweck des Lebens der Völker ansieht, anders, wenn die Ideen der Verständigung, der Gerechtigkeit und des Friedens sich durchsetzen. So ist Genf zum Markstein des Ringens zweier großer Tendenzen in der Weltpolitik geworden. Die politischen Führer, die in Genf die neuen Ideen vertreten und nach Wegen für ihre Durchföhrung suchen, ringen mit der mächtigen Tradition der alten Ideen der Gewalt und der reinen Machtpolitik. Die Tradition und die Macht der realen politischen Tatsachen hemmen sie im nächsten Vorwärtsschritt auf der Bahn der neuen Ideen.

Was das praktische Ergebnis der Kommissionsberatungen sein wird, läßt sich nicht absehen. Sicher aber ist, daß bei Macdonald und Herriot der gute Wille vorhanden ist, zu einer Verständigung zu kommen, um auf dem Wege der Verständigung der neuen Ideen gemeinsam vorwärtsgehen zu können. Was immer auch das praktische Ergebnis sein mag, diese fünfte Tagung des Völkerbundes ist ein Symbol der neuen Linie in Europa, ebenso wie die Tagung der Ministerpräsidenten von Macdonald und Herriot Symbol der demokratischen Zukunft Europas ist. Die neuen Macdonald und Herriot, die eine klügere, mehr die neuen

Die Alternative, die Genf bedeutet, ist in den letzten Monaten in der innerdeutschen Politik schon herausgearbeitet worden. Die Rechte in Deutschland sind eine Wendung zur Verantwortung nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus in Europa an sich die Übernahme der politischen Führung in Deutschland durch die Reichspräsidenten. Um sich der Verantwortung in die Weltpolitik, Rückkehr zum Weltfrieden, zur gegenseitigen Zusammenarbeit, zur völligen Neutralität — oder Sicherung der Demokratie und der Weges zum Frieden durch die Verständigung, das ist die Schicksalsfrage für Deutschland.

Genf bedeutet, daß die in den letzten Monaten in der innerdeutschen Politik schon herausgearbeitet worden. Die Rechte in Deutschland sind eine Wendung zur Verantwortung nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus in Europa an sich die Übernahme der politischen Führung in Deutschland durch die Reichspräsidenten. Um sich der Verantwortung in die Weltpolitik, Rückkehr zum Weltfrieden, zur gegenseitigen Zusammenarbeit, zur völligen Neutralität — oder Sicherung der Demokratie und der Weges zum Frieden durch die Verständigung, das ist die Schicksalsfrage für Deutschland.

Die katholische Kirchenmusik in Dresden.

Anlaß der Tagung der katholischen Akademiker sei auf die verdienstliche Schrift von Prof. Otto Schmid „Die Kirchenmusik in Dresden“ (Verlag G. Neumann, Neudamm) erneut hingewiesen. Der in der Musikgeschichte Dresdens wohl bewanderte Verfasser gibt hier ein anschauliches Bild der Entwicklung dieses weltberühmten künstlerischen Institut, in dem Zeitraum seines über 200jährigen Bestehens. Hand in Hand mit der rein historischen Schilderung, die mit dem Namen Hoffe, Naumann, Weber, Reigler, Rich, Kähler, Kerschmer, Hagen, v. Schreier und Pombaur innig verknüpft ist, geht der liebevoll-nachdrückliche Hinweis auf die kulturelle Bedeutung der im Rahmen des Gottesdienstes stehenden katholischen Kirchenmusik für unsere Tage. Die empfehlenswerte Schrift, die von 1712 bis in die jüngste Zeit reicht, ist u. a. durch F. Ries (Kanzler) und von der Dresdener Buchhandlung (Wassar & Lehmann) in Dresden zu beziehen.

Die Kunstausschreibung Dresden 1924.

Die Kunstausschreibung Dresden 1924 auf der Dresdener Terrasse, veranstaltet von der Dresdener Kunstgenossenschaft und der Dresdener Sezession in den Räumen des Sächsischen Kunstvereins, enthält Werte der Malerei, Plastik, der graphischen Künste und der Architektur. Sie ist geöffnet von 9-6 Uhr, Sonntag von 11-3 Uhr. Eintritt 1 M. Katalog mit 30 Abbildungen, 1,50 M.

Die Kunstausschreibung Dresden 1924.

Die Kunstausschreibung Dresden 1924 auf der Dresdener Terrasse, veranstaltet von der Dresdener Kunstgenossenschaft und der Dresdener Sezession in den Räumen des Sächsischen Kunstvereins, enthält Werte der Malerei, Plastik, der graphischen Künste und der Architektur. Sie ist geöffnet von 9-6 Uhr, Sonntag von 11-3 Uhr. Eintritt 1 M. Katalog mit 30 Abbildungen, 1,50 M.

Die Kunstausschreibung Dresden 1924.

Die Kunstausschreibung Dresden 1924 auf der Dresdener Terrasse, veranstaltet von der Dresdener Kunstgenossenschaft und der Dresdener Sezession in den Räumen des Sächsischen Kunstvereins, enthält Werte der Malerei, Plastik, der graphischen Künste und der Architektur. Sie ist geöffnet von 9-6 Uhr, Sonntag von 11-3 Uhr. Eintritt 1 M. Katalog mit 30 Abbildungen, 1,50 M.

Die Urkiste von Bürger „Lenore“.

Die Urkiste von Bürger „Lenore“ ist, nach einer Mitteilung der Autographen-Rundschau, im Handel aufgelaufen und wird von dem Antiquariat H. H. Hed angeboten. Diese kostbare Handschrift einer unserer berühmtesten Balladen ist ein Heftchen von 16 Seiten mit 14 Seiten Gedichttext und einer halben Seite Bemerkungen Bürger für den Cap. Dieses Manuskript fand die Dichter, am 9. September 1773, an seinen Freund Rose für den Württberger „Kufensmann“, und das Gedicht des Gedichtes begründete den Ruhm Bürger bei der Welt und hatte einen großen Einfluß auf alle spätere Balladenbildung. Bürger war selbst von der Bedeutung seines Werkes überzeugt und meldete die Vollendung der „unsterblichen Lenore“ mit den Worten: „Ist soll alle mit lebenden Anien vor mir niederfallen und mich für den Pfingsttag, d. h. den größten Anian in der Ballade erklären, und ich will meinen Fuß auf Eure Hölle zum Reichen meiner Exuperiorität

Die Urkiste von Bürger „Lenore“.

Die Urkiste von Bürger „Lenore“ ist, nach einer Mitteilung der Autographen-Rundschau, im Handel aufgelaufen und wird von dem Antiquariat H. H. Hed angeboten. Diese kostbare Handschrift einer unserer berühmtesten Balladen ist ein Heftchen von 16 Seiten mit 14 Seiten Gedichttext und einer halben Seite Bemerkungen Bürger für den Cap. Dieses Manuskript fand die Dichter, am 9. September 1773, an seinen Freund Rose für den Württberger „Kufensmann“, und das Gedicht des Gedichtes begründete den Ruhm Bürger bei der Welt und hatte einen großen Einfluß auf alle spätere Balladenbildung. Bürger war selbst von der Bedeutung seines Werkes überzeugt und meldete die Vollendung der „unsterblichen Lenore“ mit den Worten: „Ist soll alle mit lebenden Anien vor mir niederfallen und mich für den Pfingsttag, d. h. den größten Anian in der Ballade erklären, und ich will meinen Fuß auf Eure Hölle zum Reichen meiner Exuperiorität

Die Urkiste von Bürger „Lenore“.

Die Urkiste von Bürger „Lenore“ ist, nach einer Mitteilung der Autographen-Rundschau, im Handel aufgelaufen und wird von dem Antiquariat H. H. Hed angeboten. Diese kostbare Handschrift einer unserer berühmtesten Balladen ist ein Heftchen von 16 Seiten mit 14 Seiten Gedichttext und einer halben Seite Bemerkungen Bürger für den Cap. Dieses Manuskript fand die Dichter, am 9. September 1773, an seinen Freund Rose für den Württberger „Kufensmann“, und das Gedicht des Gedichtes begründete den Ruhm Bürger bei der Welt und hatte einen großen Einfluß auf alle spätere Balladenbildung. Bürger war selbst von der Bedeutung seines Werkes überzeugt und meldete die Vollendung der „unsterblichen Lenore“ mit den Worten: „Ist soll alle mit lebenden Anien vor mir niederfallen und mich für den Pfingsttag, d. h. den größten Anian in der Ballade erklären, und ich will meinen Fuß auf Eure Hölle zum Reichen meiner Exuperiorität

Die Urkiste von Bürger „Lenore“.

Die Urkiste von Bürger „Lenore“ ist, nach einer Mitteilung der Autographen-Rundschau, im Handel aufgelaufen und wird von dem Antiquariat H. H. Hed angeboten. Diese kostbare Handschrift einer unserer berühmtesten Balladen ist ein Heftchen von 16 Seiten mit 14 Seiten Gedichttext und einer halben Seite Bemerkungen Bürger für den Cap. Dieses Manuskript fand die Dichter, am 9. September 1773, an seinen Freund Rose für den Württberger „Kufensmann“, und das Gedicht des Gedichtes begründete den Ruhm Bürger bei der Welt und hatte einen großen Einfluß auf alle spätere Balladenbildung. Bürger war selbst von der Bedeutung seines Werkes überzeugt und meldete die Vollendung der „unsterblichen Lenore“ mit den Worten: „Ist soll alle mit lebenden Anien vor mir niederfallen und mich für den Pfingsttag, d. h. den größten Anian in der Ballade erklären, und ich will meinen Fuß auf Eure Hölle zum Reichen meiner Exuperiorität

der Ratifikationsurkunden zu dem am 27. Juni 1923 unterzeichneten Vertrage über die Regelung der mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen und dem am gleichen Tage unterzeichneten vorläufigen Wirtschaftsabkommen Ratifizieren.

Von Deutschland hängt die belgische Stellungnahme zum Abkommensvertrag ab.

Keine platonische Annahme.

Brüssel, 5. September. Auf eine Anfrage des Brüsseler "Coir" über die Durchführung der Washingtoner Konvention, die bekanntlich am 8. September in Bern Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Arbeitsministern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands bilden wird, erklärte der belgische Minister Eschoffen: "Nach meiner Meinung hängt die Haltung Belgiens von derjenigen Deutschlands ab. Es ist selbstverständlich, daß, solange die großen Nationen zu uns in Konkurrenz treten können — und Deutschland marschiert in dieser Hinsicht an der Spitze — ich nicht daran denken kann, im Parlament den Antrag zu stellen, daß für zehn Jahre durch die Anwendung eines Gesetzes zu binden, das uns Einschränkungen auferlegt, die die Konkurrenz für sich selbst nicht annehmen."

Der englische Gewerkschaftskongress. Ein Antikriegsbeschluss.

London, 5. September. Der englische Gewerkschaftskongress in Hull beschloß am Freitag nachmittag die Absendung eines Telegramms an MacDonald, in dem ihm der Dank der britischen Arbeiter für seine Rolle zugunsten des Weltfriedens ausgesprochen wird. In dem Telegramm wird u. a. die Hoffnung ausgesprochen, daß seine Vorschläge für die Wählung und Schlichtungsbarkeit von der Völkerbundversammlung angenommen werden. Der Kongress hat einstimmig die Antikriegsresolution angenommen, in der für den Fall eines drohenden Krieges die sofortige Einberufung eines besonderen Gewerkschaftskongresses vorgesehen ist. Ferner beschloß der Kongress einstimmig, die Regierung im Rahmen der 4 1/2 Millionen oder ganzzahligen englischen Pfundsterling zum Abschluß des englisch-russischen Vertrages vom 8. August zu beglückwünschen. Der Kongress ist überzeugt, daß die Ratifikation und die Durchführung dieses Vertrages eine überragende Bedeutung für den Weltfrieden und die Weltwirtschaft haben wird.

Ein Gewerkschaftskampf in Oesterreich. Zehn Metallbetriebe stehen still.

Wien, 5. September. Der österreicherische Metallarbeiterverband hat den Kollektivvertrag mit den Unternehmern gekündigt und bis zum nächsten Mittwoch Antwort verlangt, ob sie einen neuen Vertrag abschließen oder 15 Prozent Lohnserhöhung gewähren wollen. Wälder haben die Unternehmer das Verlangen abgelehnt. Es besteht die Gefahr eines Streiks von etwa 200000 Arbeitern einschließlich des Berg- und Hüttenwesens.

Ein segensreiches Hilfswerk. Abschluß der Arbeiten des dänischen Komitees für Kinderhilfe.

Kopenhagen, 5. September. Das seit 1919 bestehende Komitee für Kinderhilfe in den am Krieg betroffenen Ländern" schließt am 1. Oktober seine Arbeiten ab. Aus seinem Wirken ist hervorgegangen, daß ungefähr 55000 Kindern aus Deutschland, Oesterreich und Dänisch durchschnitlich vier Monate kostenlos Aufenthalt gewährt wurde. Der Plan, auch belgische und französische Kinder nach Dänemark zu nehmen, wurde von diesen beiden Staaten dankend abgelehnt. Dafür hat das Komitee in Frankreich zwei Kinderheime eingerichtet, unterhält noch andere und hat ungefähr 9 Mill. Kronen

Die Demokraten für Reichstagsneuwahlen.

Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Kätz im Dresdner Künstlerhaus.

In einer von demokratischer Seite einberufenen öffentlichen Versammlung sprach am Freitagabend im Künstlerhaus Reichstagsabgeordneter Dr. Kätz über "London und unsere Zukunft". Seine Ausführungen erhielten eine besondere Bedeutung durch die Unschiedenheit und Schärfe, mit der er sich gegen die verantwortungslosen Rechts- und Linkspolitiker wandte und für eine Reichstagsauflösung einsetzte. Dr. Kätz erklärte:

Die ganze Opposition gegen das Dawes-Gesetz und die Gesetze ging nicht von realen Gesichtspunkten, sondern von gefühlsmäßigen Erwägungen aus. Die Behandlung der Sache im Reichstage war in der äusseren Form die denkbar unwürdigste. Es rühte sich bitter, daß am 4. Mai das deutsche Volk so viel Mitleid und Wohlwollen in den Reichstag geschickt hat. Die politischen Exzesse rechts und links haben durch die widersüßlichen Prätigkeiten das Ansehen der Volkvertretung in den elchastesten Aschmenschlamm hinabgezogen. Die bessere Erziehung der Reichstagsmitglieder läßt deren Verhalten noch schlimmer erscheinen als das der Linkspolitiker. Hätte ein anderer Präsident an der Spitze des Reichstages gestanden, hätte dieser Standes ein solches Verhalten nicht annehmen können.

Es hat sich gerächt, daß man den bewährten früheren Präsidenten Eder fallen ließ, denn es mußte gesagt werden, daß Herr Wallat bei aller persönlichen Ehrenhaftigkeit doch schließlich alles zum Reichstagspräsidenten lehle.

Der Reichstag ist aber auch in seiner Gesamtheit selbst schuld, weil er nicht eine Geschäftsordnung getroffen hat, die die abschließende Störung der parlamentarischen Arbeiten verhindert.

Weiter wandte sich der Redner gegen die verantwortungslose Opposition der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, wobei er den Schacher um ein paar Ministerposten

scharf kritisierte. Er erklärte, daß ihm für das Verhalten der Deutschnationalen, die in eine Regierung wollen, die erfüllen sollte, jeder parlamentarische Ausdruck fehle. Es könne keine Rede davon sein, daß die Deutschnationalen aus diesem Grunde — Eintreten eines Teiles der Fraktion für das Eisenbahngesetz — einen Anspruch hätten, in die Regierung zu kommen. Ob aus anderen Gründen ein Herintreten der Deutschnationalen in die Regierung in Betracht käme, stehe jetzt nicht in Frage.

Die ungünstige außenpolitische Wirkung einer Regierung mit Deutschnationalen stehe für ihn außer allen Zweifeln.

Neuwahl würde diese Opposition vom deutschen Volke eine gehörige Quittung erhalten haben. Er sei erst gegen Neuwahlen gewesen, nach den letzten Vorkäufen im Reichstage — wolle er aber schon sagen, daß dieser Reichstag sowohl innenpolitisch wie außenpolitisch seiner Aufgabe gar nicht gerecht werden könne.

Der Reichstag in seiner Zusammensetzung rechts und links entspreche nicht mehr der Stimmung des Volkes. Dann müsse man aber auch den Hut haben, den Reichstag dorthin zu schicken, wohin er gehöre.

Der Redner verteilte ferner den Standpunkt, daß die Aufstellung der Kriegsschuldfrage durch die deutsche Regierung nach Annahme der Londoner Abmachungen in einem ungezielten Zeitpunkt erfolgt sei. Damit schade man nur einer an sich guten Sache. Es gelte aber auch mit der objektiv unwahren Behauptung republikanischer Kreise aufzunehmen, als ob die bisherigen republikanischen Regierungen in der Schuldfrage überhaupt nichts getan hätten. Daß das Gegenteil der Fall ist, wies der Redner an der Hand zahlreicher Belege nach. Seine Ausführungen fanden stürmische Zustimmung.

werden, daß die günstigen Wirkungen der Wiederherstellung des früheren Zustandes für das Wirtschaftslieben der besetzten Gebiete nicht ausbleiben. Insbesondere wird für die Kölner Herbstmesse, die vom 14. bis 19. September stattfindet, mit einem starken Besuche gerechnet. Zugleich erhoffen die Wälder des besetzten Gebietes für die Herbstferien einen verstärkten Zustrom von Gästen aus dem unbesetzten Gebiete.

Die Kämpfe in China.

Schanghai, 5. September. Heute hat kein größerer Kampf stattgefunden. Die Infanterie-Truppen haben die Seilungen besetzt, die sie zu Beginn der Handlungskampfe innehaben. General Wapello erklärte, daß seiner Soldaten aus seinen der Kuangju-Truppen mitkämpft. Auf Nordung der Behörden ist der Offizierdirektor Schanghai-Wangung eingestellt worden, da man einen Angriff zu Lande gegen die Forts von Wangung befürchtet für den Fall, daß die Kuangju-Truppen bei Linho 15 Meilen von Wangung durchbrechen.

Kein Ultimatum des Militärgouverneurs von Mukden.

Paris, 5. September. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Peking Regierung die Nachricht demontiert, nach der Chang Tso Lin, der Militärgouverneur von Mukden, ihr ein Ultimatum überreicht habe, um sie zu zwingen, selbst mit Gewalt einzugreifen, wenn der Angriff gegen die Militärregierung von Tschang annehme. Der Direktor der chinesischen Presseagentur, der diese Nachricht veröffentlichte, hatte, ist verhaftet worden.

Herrn Overlings Zukunftsträume.

Schweinin, 5. September. Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Overling, dem man nachsagt, daß er weder Flug zu reden noch Flug zu schweigen weiß, hielt hier, im Kreise seiner Parteifreunde, eine Rede, in der er so ziemlich alle Geheimnisse und Herzenswünsche der Deutschnationalen Reichstagsfraktion verriet, die zu verraten waren. Nächste Ziele, die energisch zu verfolgen seien, wurden von Overling folgende genannt: an erster Stelle müssen die Deutschnationalen, so schnell wie möglich, in die Regierung hinein. Dies mache bei der Deutschen Volkspartei gar keine Schwierigkeiten, wenn sie nur einen scharfen Trennungstrieb zwischen sich und Dr. Stresemann habe. Dasselbe gelte von dem national gesinnten Teil des Zentrums. Ist man sich erst mit diesen beiden Gruppen einig, dann ist der Reichstagsler Dr. Marx zu beiseitigen. Dieser hat, nach der Wählung Overlings, in London ein schwärzliches Plakat erlassen und dies selbst zugestanden mit den Worten: "Ich bin kein Diplomat." Nach Marx ist Reichspräsident Ebert politisch zu erledigen. Diese schönen Zukunftsträume Overlings wurden in Schweinin von den anwesenden Kommunisten und Nationalsozialisten aufs grausigste gespöttelt. Im Sturm rann die Einheitsfront

Rudendorff-Scholem gegen die deutschnationalen Häupter an und brachte die Versammlung der "Partei des Unfalls und der Halbheit" in hohe Verwirrung.

Der Fall Seiffer. Ein geheimer Besuch des bayerischen Ministerrates.

München, 6. September. Der Fall des Polizeiobersten Walter Seiffer, der, nach seiner merkwürdigen Rolle als Geheime Rat, unter dem Druck der völkischen Angriffe von der Regierung Knilling aus dem Dienst entlassen, durch ein Urteil des Bayerischen Staatsgerichtshofes aber wieder rehabilitiert wurde, hat gestern zum zweiten Male den bayerischen Ministerrat beschäftigt. Seiffers Entlassung war bereits vor einigen Tagen, auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofes, zurückgenommen worden. Am Freitag wurde, wie auf inoffizieller Wege bekannt wird, ein endgültiger Beschluss gefasst, der aber noch vertraulich behandelt werden soll. Die amtlichen Stellen schweigen. Es scheint noch manches Feinliche an der Angelegenheit zu hängen.

Die bayerische "Festscheue".

München, 6. September. Über die allzu vielen vaterländischen und Kriegereinsätze in Bayern schreibt die Parteikorrespondenz der Bayerischen Volkspartei: "Die Festscheue hat im ganzen Lande so arg um sich gegriffen, daß nicht bloß in den Städten, sondern auch draußen in den Märkten und Dörfern kein Sonntag vergeht ohne irgend eine große Festfeier. Darunter leiden besonders die Außenbehörden schwer. Jeder der feiernden Verbände und Vereine legt Wert darauf, daß die Außenverwaltungsbehörden bei den Feiern vertreten seien. Die Bürgermeister, die Oberamtmänner, die Regierungsämter kommen auf diese Weise keinen Sonntag mehr zur Ruhe." Die bayerischen Außenbehörden könnten, sich diese Beschäftigung sehr leicht vom Hals schaffen. Sie brauchen nur den bayerischen Regierungserlass gegen die Festfeiern, mit dem bekanntlich die öffentlichen Festtagsschließungen abgezwängt wurden, einmal gegen rechts anzuwenden.

Interpellationen im thüringischen Landtag.

Weimar, 6. September. Der thüringische Landtag trat gestern zu einer kurzen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine sozialdemokratische Interpellation über die Vorkommnisse während des Parteitages der Nationalsozialisten in Weimar und eine kommunistische Interpellation wegen der Haltung der thüringischen Regierung zum Dawes-Gesetz.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Präsident mit, daß die Fraktion der Nationalsozialisten den bisherigen alleinigen Vorsitzenden Winter durch zwei andere Abgeordnete ersetzt habe. Die sozialdemokratische Interpellation wurde durch den Abg. Fröhlich, der bekanntlich kürzlich an den Reichsminister Jarres in dieser Angelegenheit einen Offenen Brief richtete, begründet. Er verwies darauf, daß in den letzten Monaten wiederholt republikanische Veranlassungen verboten worden waren, während die Demonstrationen der rechtserregten Verbände sich des besonderen Schutzes der Regierung erfreuten. Nachdem Abg. Fröhlich das Verhalten der thüringischen bürgerlichen Blätter zu dem Standal in Weimar beleuchtet hatte, bezeichnete er es als unerträglich, daß das Reichsbanner Schwarz-Weiß-Gold beispielhaft werde und brachte zum Ausdruck, daß das angetändelte Verbot von Demonstrationen sich in erster Linie gegen die Republikaner richte. Namens der Sozialdemokratischen Fraktion sprach der Redner der Regierung das schärfste Mißtrauen aus.

Die Regierung versuchte, die Vorgänge abzu-schwächen. Der Demokrat Prof. Dr. Krüger erklärte, daß die Kluft zwischen seiner Partei und der Regierung durch die letzten Vorkommnisse derart verbreitert worden wäre, daß es ihm nicht mehr möglich sei, der Regierung zu vertrauen.

In der Nachmittags-sitzung wurde die kommunistische Interpellation über die Haltung der Regierung zum Dawes-Gesetz verhandelt. Die Regierung beifolgt sich bei der Verteidigung ihrer Haltung auf eine Entschuldigun des Landtages. Da die Räumung des Ruhegebietes und andere völkische (1) Forderungen nicht erfüllt worden seien, habe sie im Reichstag nicht für die Dawes-Gesetze gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten. Die Nationalsozialisten, die anfänglich eine Entschuldigun zu der Haltung der Regierung eingehad hatten, fielen in der Abstimmung über eine kommunistische Entschuldigun um. In ihr kommt zum Ausdruck, daß die Regierung das Vertrauen des Landtages nicht besitzt. Es handelt sich nicht um einen Mißtrauensantrag, sondern nur um eine Entschuldigun, die auch bei Annahme durch den Landtag keinen Einfluß auf die Regierung hätte ausüben können. Die kommunistische Entschuldigun wurde mit 77 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Der Landtag verlegte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Dresdner Kurse vom 5. Septbr.

Table with 2 columns: Deutsche Staatspapiere (titles and values) and Wechselkurse (exchange rates for various locations).

Verchiedene Aktien.

Table listing various stocks and their prices, including titles like 'Bayerische Staatsbank' and 'Deutsche Reichsbank'.

Stadtkursen.

Table showing city market prices for various goods, including 'Zucker', 'Kaffee', and 'Weizen'.

Deutsche Pfand- u. Hypothekenscheine.

Table listing mortgage and pledge certificates with their respective values and terms.

Verbriefliche Kausen.

Table listing various bills and their prices, including 'Kaufmannswechsel' and 'Bankwechsel'.

Wolkswirtschaft und Handel.

Die deutsch-belgisch-luxemburgischen Handelsbeziehungen.

Text discussing trade relations between Germany, Belgium, and Luxembourg, mentioning trade agreements and economic conditions.

Die Erörterungen über eine handelsvertragliche Lösung zwischen Deutschland und den kontinentalen Westländern...

Text detailing discussions on trade agreements with Western European countries, focusing on economic and political aspects.

Belanntlich bleibt das modus vivendi-Abkommen bis zum Ablauf eines Handelsvertrages in Kraft.

Text explaining the status of the modus vivendi agreement and its implications for trade relations.

Die luxemburgische Handelskammer hat die Forderungen von Handel und Industrie betreffend die Regelung der zukünftigen Handelsbeziehungen...

Text reporting on the demands of the Luxembourg Chamber of Commerce regarding future trade relations.

Ein Kredit für das deutsche Kohlenhandelsbank.

Text discussing a loan for the German Coal Trade Bank, including details on the loan amount and terms.

Ein Urteil von prinzipieller Bedeutung.

Text reporting on a court decision of principle regarding trade relations and economic matters.

Auf Grund der jetzt stattfindenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland...

Text discussing negotiations between France and Germany, focusing on trade and economic cooperation.

schließ eines definitiven Handelsvertrages verlangt die luxemburgische Handelskammer eine parallele Regelung der luxemburgisch-deutschen Beziehungen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten

(Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt, nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, für Mittwoh, den 3. September, das 1,15 Milliardenfache der Vorkriegszeit.

Überblick über die Reichshauptkasse.

Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse betragen in der Zeit vom 21. bis 31. August die Einnahmen 228,5 Millionen und die Ausgaben 217,7 Millionen.

Die deutsche Roggenbauweise setzt sich fort.

Wir geben die Entwicklung wie folgt wieder: Roggen (deutsches) (B-Bern II) (Pamburg) (Pamburg-Brünen) (Brünen)

Kündigung der Weltweizenerte.

Das Internationale Landwirtschaftsamt in Rom kündigt die Weltweizenerte 1924 auf 1222,2 Mill. Zentner.

Kreditgewinn in Höhe einer Milliarde Dollar.

Zie von der amerikanischen Hochfinanz nach Annahme des Dawesplans erwartete Kreditgewinn der deutschen Industrie werden auf eine Milliarde Dollar geschätzt.

Die Hälfte ist fast der Aufschub.

Von der Generalkonferenz der Norddeutschen Eisenwerke ist folgende wichtige Tatsache zu berichten: Unter den Anträgen, die von der Verwaltung der Bergbauverwaltung vorgelegt wurden, befand sich die Vergütung für den Aufschub...

Das dänische Nationalparlament.

Das dänische Nationalparlament veröffentlicht jetzt die amtliche Schätzung des Wertes der gesamten dänischen Kronen, deren Wert mit 13 Milliarden Kronen gegen 12 bei der letzten Schätzung 1920 angegeben wurde.

Das Reichsministerium des Innern.

Das Reichsministerium des Innern hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

fälle das Urteil, das für die Wiederherstellung freier Konkurrenz und freier Preisbildung von größter Bedeutung ist.

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

Die deutsche Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat die Anträge der Reichsregierung über die Aufhebung der Reichssteuer auf den Verkauf von Tabak...

ungen, namentlich die Tarifstellen 78 und 79 bei fährlichen Geschäften, auf den Stand von 1924 zu bringen...

Bericht über die Warenpreise im Großhandel in der sächsischen Großmarkthalle zu Dresden vom 5. September 1924.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

Warenpreise: Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger. Preis: Äpfel und Birnen niedriger.

